

Exp. Kub.

Bern, den 24. September 1940.

B.51.12.A.1. - VF.

ad F/AZ.

Herr Minister,

Von dem Inhalt Ihres Schreibens vom 17.d.M. haben wir mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen, und wir danken Ihnen verbindlich für die aufklärenden Mitteilungen, die Sie uns bezüglich des gegenwärtigen Standes der deutsch-schweizerischen Beziehungen geben.

(Die von Ihnen wiedergegebenen Tatsachen sind gewiss sehr bemerkenswert und lassen erkennen, dass man in Berlin die Abhängigkeit unseres Landes von dem guten Willen der deutschen Regierung uns recht eindrücklich vor Augen führen will. Sie lassen aber auch die Frage aufsteigen, wieweit unsere Politik des Entgegenkommens und der Nachgiebigkeit noch zu rechtfertigen ist, wenn die "Bausteine" zu einem bessern Einvernehmen fast nur von unserer Seite geliefert werden. Denn Ihrer Liste der offen gebliebenen schweizerischen Wünsche kann eine andere zur Seite gesetzt werden, die dartut, dass wir es nicht an deutlichen Beweisen unseres aufrichtigen Willens zur Beilegung der zwischen beiden Staaten bestehenden Schwierigkeiten haben fehlen lassen.)

Wenn wir von der Beilegung der Fliegerzwischenfälle ausgehen, die für die Schweiz ausserordentliche und nur schwer erfüllbare Zumutungen in sich schloss, so reihte sich daran die freiwillige Entlassung der internierten deutschen Fliegermannschaften, welche Massnahme

An die Schweizerische Gesandtschaft,

B e r l i n .

uns von Seiten der britischen Regierung einen Protest wegen neutralitätswidrigen Verhaltens eintrug. - Letzthin wurde auch das Material der internierten deutschen Flugzeuge zurückerstattet, wobei schweizerische Wünsche auf entgeltliche Ueberlassung einzelner Apparate rundweg abgelehnt wurde. - Der Bundesrat hat ferner auf die Schadenersatzansprüche aus der Beschiessung von Kleinhüningen und Courrendlin verzichtet und musste die Vergütung dieser Schäden zu Lasten der Bundeskasse übernehmen. - Er hat kürzlich 64 in der Schweiz verbliebene polnische Eisenbahnwagen auf Begehren der Reichsregierung wieder nach Polen abrollen lassen, was zu einer Protesterklärung der Polnischen Gesandtschaft geführt hat. - Auf dem Gebiete der Presse ist es dem Eingreifen des Bundesrates zu verdanken, dass unsere Zeitungen in den letzten Monaten grosse Mässigung und z.T. verständnisvolle Haltung gegenüber dem Deutschen Reich an den Tag gelegt haben. Die "Neuen Zürcher Nachrichten" sind wegen eines in dem Blatt erschienenen Artikels eines deutschen Emigranten für zehn Tage beschlagnahmt worden, und der Verfasser ist nachträglich wegen dieser Sache interniert worden. - Der "Völkische Beobachter" ist für die Schweiz wieder zugelassen worden, und es wurde in unserer Presse vielfach mit Enttäuschung bemerkt, dass es an einer Gegenleistung fehle. - Zwei ständige Schweizer Korrespondenten werden in diesen Tagen nach Berlin abreisen, nachdem sie mehrere Wochen auf die Erteilung des Visums haben warten müssen. - Seitens der schweizerischen fremdenpolizeilichen Behörden werden die Vorschriften zur Erteilung von Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen deutscher Staatsangehöriger besonders ent-

gegenkommend behandelt, sodass kaum noch Klagen in dieser Hinsicht vorkommen. - Die Zulassung der deutschen Studenten für das Wintersemester in Lausanne und Genf wurde gewährleistet, und es ist lediglich der Ferienzeit zuzuschreiben, wenn die betreffenden Universitäten noch keine endgültige Antwort auf Anberaumung der betreffenden Kurse gegeben haben. - Schliesslich haben wir der Einsetzung von Kreisleitern der NSDAP in der Schweiz unsere Zustimmung gegeben und ihnen, wie dem Landesleiter, fehlt hiezu nur noch der Name. - Vor kurzem hat in Zürich ein allgemeines Sportfest der deutschen Vereine in der Schweiz stattgefunden, und in der gleichen Stadt ist eine nationalsozialistische Ausstellung durchgeführt worden. Die reibungslose Abwicklung dieser Veranstaltungen zeigt, wie wenig begründet der Vorwurf einer Verfolgung der Deutschen in der Schweiz ist und wie sehr die bedauerlicherweise vorgekommenen Fälle verallgemeinert und aufgebauscht worden sind.

Wir bitten Sie, uns nicht misszuverstehen.

(Wir gehen ganz mit Ihnen darin einig, dass die Stellung der Schweiz zwischen den Achsenmächten eine neue Orientierung ihrer aussenpolitischen Beziehungen unerlässlich macht. Diese neue Orientierung wird sich vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft notwendig erweisen und ist übrigens auch schon in Erscheinung getreten. Ebenso werden die Voraussetzungen für einen Austausch der kulturellen Güter, ungeachtet der Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Staatenordnungen, geschaffen werden müssen. Abzulehnen aber ist der Gedanke eines freiwilligen Verzichts auf unsere traditionelle Neutralitätspolitik, und wir würden wohl auch in den Augen der Achsenmächte kaum etwas damit gewinnen,

wenn wir in allzu rascher Beflissenheit unsere staatliche Existenz ganz von der Politik unserer beiden grossen Nachbarn abhängig machen wollten. Im Rahmen dieser Richtlinien ist der schweizerische Standpunkt jeweilen mit Festigkeit zu vertreten, was sicherlich auch von der deutschen Regierung verstanden werden wird.)

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Der Chef
der Abteilung für Auswärtige